HUMAN RIGHTS WATCH

Kenneth Roth

Executive Director

DEUTSCHLAND-BÜRO

Neue Promenade 5 10178 Berlin Tel.: +49-30-2593060 Fax: +49-30-25930629 berlin@hrw.org www.hrw.org/german

Wenzel Michalski Direktor An den DFB-Präsidenten Herrn Wolfgang Niersbach Deutscher Fußballbund Otto-Fleck-Schneise 6 60528 Frankfurt/Main



www.hrw.org

11. November 2013

SPENDENKONTO

Commerzbank-Frankfurt/M Kontonummer 602929200 Bankleitzahl 500 400 00 Sehr geehrter Herr Niersbach,

Arbeitsmigranten in Katar, dem Austragungsort der Fußball-Weltmeisterschaft 2022, leben und arbeiten weiter unter äußerst schlechten Bedingungen. Deshalb begrüßt Human Rights Watch, dass sich der DFB der Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes angeschlossen hat und die Mitglieder des FIFA-Exekutivkomitees wegen der Lage der Arbeitsmigranten in dem Golfstaat mobilisieren will.

UEFA-Präsident Michel Platini hat kürzlich klargestellt, dass ihm die Lage der Arbeitsmigranten viel mehr Sorge bereitet als die Diskussion darüber, ob die Fußball-WM auf den Winter verschoben werden soll. Diese Aussage unterstützen wir. Dies sollte jedoch auch damit verbunden sein, die katarische Regierung davon zu überzeugen, dass Menschenrechtsverletzungen gegen Arbeitsmigranten, die die Infrastruktur und andere Projekte in Verbindung mit der Fußball-WM bauen, beendet werden müssen. Katar 2022 bietet die außergewöhnliche Möglichkeit, die Lage der Arbeitsmigranten zu verbessern. Die nationalen Fußballverbände können dabei eine wichtige Rolle spielen.

Human Rights Watch hat die Situation von Arbeitsmigranten im Bausektor dokumentiert. Die Ergebnisse unserer Untersuchung haben wir den katarischen Behörden und dem nationalen Organisationskomitee mitgeteilt. Da in Katar die eigenen Gesetze nicht umgesetzt werden, zahlen Arbeitsmigranten hohe Rekrutierungsgebühren und Arbeitgeber ziehen ihre Pässe ein, wenn sie in das Land einreisen. Das sogenannte *kafala*- oder Sponsorensystem bindet den Aufenthalt eines Arbeitsmigranten an seinen Arbeitgeber oder Sponsoren. Arbeitsmigranten beklagen sich darüber, dass Arbeitgeber die Löhne nicht pünktlich oder überhaupt nicht zahlen und dass sie meist ihren Arbeitsplatz nicht wechseln können, ohne die Zustimmung des Arbeitgebers erhalten zu haben.

Zudem benötigen Arbeiter ein Ausreisevisum von ihren Sponsoren, um Katar wieder verlassen zu können. Dies führt dazu, dass Ausländer aus den verschiedensten Berufsgruppen in Katar festsitzen, wie etwa der Fußballspieler Zahir Belounis. Arbeitsmigranten dürfen sich keiner Gewerkschaft anschließen und dürfen nicht streiken, obwohl sie 99 Prozent der Arbeitskräfte im Privatsektor stellen.

Der DFB ist ein wichtiges Mitglied des Weltfußballverbandes. Deshalb bitten wir Sie, sich bei der FIFA für eine Reform der Arbeitsgesetze in Katar auszusprechen. Dazu gehört auch ein Zeitplan für eine entsprechende Reform, die den Arbeitern aller Branchen zugute kommt. Zudem soll das System der Ausreisevisa abgeschafft werden.

FIFA-Präsident Joseph Blatter reiste am 9. November nach Katar, auch um über Arbeitsrechtsfragen mit Scheich Tamim Al Thani zu sprechen. Wir begrüßen, dass Herr Blatter auf einer Pressekonferenz die Situation der Arbeitsmigranten öffentlich angesprochen hat. Doch hat er vor allem vage Reformversprechen Katars wiederholt. Damit die FIFA eine positive Rolle spielt, muss sie sich für einen klaren Zeitplan und für spezifische Reformen einsetzen.

Der UN-Sonderberichterstatter für die Rechte von Migranten, François Crépeau, sagte am 10. November, dass die Arbeitsmigranten wie auf einer Schutthalde und wie in einem Slum lebten und dies nicht akzeptabel sei. Die FIFA, einschließlich des DFB, kann durch öffentliche Stellungnahmen einen Beitrag dazu leisten, dass sich dies ändert, dass das Elend der Arbeitsmigranten gelindert und das Arbeitsrecht in Katar reformiert wird. So kann der Weltfußballverband die Fußball-WM 2022 in Katar auch dazu nutzen, um ein positives und dauerhaftes gesellschaftliches Erbe in dem Land zu hinterlassen.

Mit freundlichen Grüßen

Fel 1-111

Wenzel Michalski Direktor

Deutschland-Büro

Human Rights Watch

CC: Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes